Antrag

der Abg. Klaus-Günther Voigtmann u. a. AfD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Bürger in den Landkreisen Esslingen, Göppingen und Waiblingen befürchten großflächige Zerstörung des Schurwalds als Naherholungsraum, falls die geplante Windindustriezone ES-02 Sümpfesberg/Königseiche (Ebersbach-Büchenbronn, Landkreis Göppingen) gebaut würde

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob sie die Sorgen und Ängste der Bürger von Uhingen-Baiereck vor Lärm- und Schattenschlagbelastungen nachvollziehen kann, nachdem die Schallprognose Überschreitungen des nächtlichen Immissionsrichtwerts und die Schattenwurfprognose die Überschreitung sowohl des täglichen Richtwerts (30 Min./Tag) als auch des jährlichen Richtwerts (30 Std./Jahr) erwarten lässt;
2. wie sie die Tatsache beurteilt, wonach der TÜV-Süd (entgegen der üblichen Praxis bei der Erstellung von Gutachten) keine Haftung für die von ihm erstellten Schall- und Schattenwurfprognosen übernimmt;
3. warum bei der Schallprognose relevante Schallvorbelastungen, die gutachterlich belegt sind, nicht berücksichtigt wurden, obwohl dies gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz zwingend vorgeschrieben ist;
4. weshalb bei der Schallprognose Reflexionen ausgeschlossen wurden, obwohl diese aufgrund der Tallagen gegeben sind (z. B. Uhingen-Baiereck);
5. warum bei der Schallprognose impulshaltige Geräusche ausgeschlossen wurden, obwohl diese durch den Rotorblattdurchgang am Turm physikalisch unvermeidbar sind und letztinstanzliche Entscheidungen höherer Gerichte in vergleichbaren Fällen die Berücksichtigung impulshaltiger Geräusche gefordert haben;

6. weshalb bei der Schallprognose Infraschall und tieffrequenter Schall als unkritisch bezeichnet wurden, obwohl es keine wissenschaftlichen Studien gibt, welche die gesundheitliche Unbedenklichkeit von durch Windindustrieanlagen erzeugtem Infraschall und Körperschall belegen;
7. wie vom System und von der Organisation her sichergestellt wird und wer die Gewähr dafür übernimmt, dass es bei Schattenschlag zum Schutz der Anwohner zu Abschaltungen kommt, wenn die täglichen bzw. jährlichen Richtwerte überschritten werden;
8. ob die Landesregierung es für erforderlich hält, dass für geplante Windindustrieanlagen an Waldstandorten im Benehmen mit der für den Standort zuständigen Feuerwehr ein konkretes Brandschutzkonzept vorzulegen ist, in dem dargelegt wird, wie ein Brand nach einer längeren Trockenperiode (wie im Sommer 2018) zu bekämpfen ist bzw. wie ein kontrolliertes Abbrennen im Wald erfolgen kann, ohne dass es zu Personen- und Sachschäden kommt;
9. ob sie es für erforderlich hält, an Waldstandorten grundsätzlich den Einbau einer automatischen Löschanlage im Maschinenhaus vorzuschreiben;
10. warum die Nachtbefeuerung am Standort ES-02 zum Nachteil der Anwohner durch ein dauerhaftes aggressives Blinken erfolgen soll, obwohl an anderen Windindustriestandorten längst eine bedarfsgesteuerte Befeuerung zum Einsatz kommt (beispielsweise in Langenburg/Hohenlohe), wonach die Befeuerung nur dann blinkt, wenn sich ein Flugzeug nähert;
11. ob die Landesregierung es für zulässig hält, dass private Windkraftbetreiber zum Schutz vor Eiswurf öffentliche und von vielen Bürgern ganzjährig als Erholungsraum und Rückzugsgebiet genutzte Waldgebiete durch das Aufstellen von Schildern großräumig zur Gefahrenzone (inklusive Kreisstraße) und dessen Betreten zur „eigenen Gefahr“ erklären, um somit ihre Haftung auszuschließen;
12. ob hierdurch der Windkraftbetreiber im Schadensfall von der Haftung befreit ist;
13. wie sichergestellt wird, dass Passanten die „entsprechende Witterung“ richtig erkennen und einschätzen können;
14. wie sie die Akzeptanz der Bürger zu ES-02 in den Anrainerkommunen Ebersbach und Uhingen beurteilt, nachdem bereits im Jahr 2016 ungefähr 1.500 Unterschriften gegen das Projekt an das Landratsamt Göppingen übergeben wurden und die Gemeinderäte beider Kommunen im Oktober 2018 das Projekt mit sehr großer Mehrheit abgelehnt haben;
15. wie sie das Zurückhalten von laut Vorhabensträger zwar vorhandenen, aber bisher noch nicht in das Genehmigungsverfahren eingebrachten Windtragungsgutachten vor dem Hintergrund interpretiert, dass der Umweltminister wegen drohender Verlustrisiken mehrfach öffentlich von Windkraftinvestitionen abgeraten hat, bei denen die durchschnittliche Windgeschwindigkeit unter 6,0 m/sec. in 100 Meter über Grund liegt.

22. 02. 2019

Voigtmann, Dr. Grimmer, Gögel, Dr. Balzer, Baron, Berg,
Dürr, Herre, Dr. Merz, Palka, Pfeiffer, Rottmann, Stauch, Stein AfD

Begründung

Obwohl die Anzahl der Windindustrieanlagen auf zwei verringert wurde, ergeben sich für die betroffenen Bürger größere Nachteile und Beeinträchtigungen, denn: Die neu geplanten Nordex-Anlagen sind 22 m höher, besitzen eine um 20 Prozent größere Rotorfläche, sind lauter und der Emissionspunkt in Nabenhöhe ist höher, sodass mit einer noch höheren Schallbelastung zu rechnen ist. Nach der Lärmprognose wird der nächtliche Immissionsgrenzwert in Baiereck überschritten und an sechs Immissionsorten wird das Irrelevanzkriterium nicht eingehalten.

Unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Windindustrieanlagen am Goldboden (WN-34) und der geplanten Anlagen an der Weinstraße zwischen Wangen/Unterberken (GP-03) ergeben sich sehr hohe Gesamtbelastungen durch Windkraftlärm.

Daneben erhöht sich infolge der größeren Rotorfläche die maximal mögliche Schattenbelastung erheblich. Gegenüber den bereits in Betrieb befindlichen Nordex-Windturbinen N131 am nicht weit entfernten Goldboden sind sie fast zehn Meter höher und haben eine um 30 Prozent größere Rotorfläche.

Hinsichtlich des Schattenwurfs sind die Bürger in Uhingen-Baiereck Hauptleidtragende, denn an allen Immissionsorten wird der tägliche Richtwert von 30 Min./d und an den meisten Orten auch der jährliche Richtwert von 30 Std./a überschritten, weshalb in hohem Maße Schattenabschaltungen erforderlich sein werden. Nach den Erfahrungen an anderen Windkraft-Brennpunkten werden diese mangels Kontrollierbarkeit aber oft nicht veranlasst.

Der Antrag soll – am Beispiel des Windkraftprojekts ES-02 Sümpfesberg (Königseiche) – grundsätzliche Problematiken von Windkraftprojekten und allgemein gültige Kritikpunkte (Konflikte mit öffentlichen Belangen, Mängel der Antragsunterlagen) aufzeigen. Zudem soll der betroffenen Bevölkerung gezeigt werden, dass sich der Landtag dem „Prinzip des Gehörtwerdens“ folgend mit ihrem Protest auseinandersetzt.

Das Beispiel ES-02 Sümpfesberg erscheint hierzu besonders geeignet, da der Landkreis Göppingen ein Klimaschutzkonzept mit dem Ziel eines (rechnerisch) „energieautarken Landkreises“ mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien verfolgt. Bei immer mehr Bürgern entsteht der Eindruck, dass die Genehmigungsbehörde (Landratsamt Göppingen) ihren Ermessensspielraum ausschließlich an diesen politischen Zielvorgaben ausrichtet. Eine neutrale und sachorientierte Bewertung und Abwägung von Sachverhalten und Belangen wird zunehmend vermisst (siehe Befreiung Landschaftsschutzgebietsverordnung ohne Windtragsgutachten).

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 28. März 2019 Nr. 4-4516/116 nimmt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie dem Ministerium der Justiz und für Europa zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. ob sie die Sorgen und Ängste der Bürger von Uhingen-Baierack vor Lärm- und Schattenschlagbelastungen nachvollziehen kann, nachdem die Schallprognose Überschreitungen des nächtlichen Immissionsrichtwerts und die Schattenwurfprognose die Überschreitung sowohl des täglichen Richtwerts (30 Min./Tag) als auch des jährlichen Richtwerts (30 Std./Jahr) erwarten lässt;*

Die Prüfungen hinsichtlich Schall und Schattenwurf im Rahmen des Genehmigungsverfahrens bezüglich der geplanten Windenergieanlagen am Standort ES-02 sind noch nicht abgeschlossen. Sollte sich im Rahmen der Prüfungen ergeben, dass Überschreitungen von Immissionsrichtwerten zu besorgen wären, würde in einer Genehmigung die Einhaltung der Grenzwerte durch entsprechende Nebenbestimmungen an den maßgeblichen Immissionsorten sichergestellt. Beispiele solcher Nebenbestimmungen wären die Anordnung der Drosselung der Anlagen bei Nacht oder der Installation von Schattenwurf-Abschaltmodulen.

- 2. wie sie die Tatsache beurteilt, wonach der TÜV-Süd (entgegen der üblichen Praxis bei der Erstellung von Gutachten) keine Haftung für die von ihm erstellten Schall- und Schattenwurfprognosen übernimmt;*

Hierzu liegen der Landesregierung keine Informationen vor.

- 3. warum bei der Schallprognose relevante Schallvorbelastungen, die gutachterlich belegt sind, nicht berücksichtigt wurden, obwohl dies gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz zwingend vorgeschrieben ist;*
- 4. weshalb bei der Schallprognose Reflexionen ausgeschlossen wurden, obwohl diese aufgrund der Tallagen gegeben sind (z. B. Uhingen-Baierack);*
- 5. warum bei der Schallprognose impulshaltige Geräusche ausgeschlossen wurden, obwohl diese durch den Rotorblattdurchgang am Turm physikalisch unvermeidbar sind und letztinstanzliche Entscheidungen höherer Gerichte in vergleichbaren Fällen die Berücksichtigung impulshaltiger Geräusche gefordert haben;*

Die Fragen 3, 4 und 5 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Teil der Antragsunterlagen zum geplanten Windpark am Standort Sümpflerberg (ES-02) sind eine Schall- und eine Schattenwurfprognose. Die fachliche Beurteilung der Antragsunterlagen und die Prüfung der Schallprognose durch das Landratsamt Göppingen ist noch nicht abgeschlossen, sodass diesbezüglich eine inhaltliche Bewertung zum jetzigen Stand nicht möglich ist.

6. *weshalb bei der Schallprognose Infraschall und tieffrequenter Schall als unkritisch bezeichnet wurden, obwohl es keine wissenschaftlichen Studien gibt, welche die gesundheitliche Unbedenklichkeit von durch Windindustrieanlagen erzeugtem Infraschall und Körperschall belegen;*

Die Thematik wurde bereits mehrfach in Landtagsanfragen und -anträgen behandelt, unter anderem in:

- Stellungnahme zur Frage 8 des Antrags der Abg. Klaus-Günther Voigtmann u. a. AfD, Drucksache 16/849
- Stellungnahme zur Frage 8 der Kleinen Anfrage des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD, Drucksache 16/699
- Stellungnahme zu den Fragen 1, 5 und 7 des Antrags der AfD-Fraktion, Drucksache 16/915
- Mündliche Anfrage des Abg. Herre AfD, zur 11. Fragestunde am 12. Oktober 2017.

Im Übrigen sind die fachliche Beurteilung der Antragsunterlagen und die Prüfung der Schallprognose durch das Landratsamt Göppingen noch nicht abgeschlossen, sodass diesbezüglich eine abschließende inhaltliche Bewertung zum jetzigen Stand nicht möglich ist.

7. *wie vom System und von der Organisation her sichergestellt wird und wer die Gewähr dafür übernimmt, dass es bei Schattenschlag zum Schutz der Anwohner zu Abschaltungen kommt, wenn die täglichen bzw. jährlichen Richtwerte überschritten werden;*

Der Schattenwurf durch Windenergieanlagen auf Wohnhäuser wird begrenzt. Die Beschattungsdauer darf täglich 30 Minuten nicht überschreiten und jährlich laut Prognose bei maximal 30 Stunden liegen. Dabei müssen alle einwirkenden Windenergieanlagen berücksichtigt werden. Der Jahreswert ist eine theoretische Größe, die davon ausgeht, dass sich das Windrad jeden Tag des Jahres von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang dreht und den ganzen Tag die Sonne scheint. Da von vornherein klar ist, dass diese Annahmen in der Realität nie zustande kommen, geht man von einer realen jährlichen Beschattungsdauer von maximal 8 Stunden aus. In der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für die Windenergieanlagen wird, sofern notwendig, festgelegt, dass eine automatische Abschalteinrichtung zur Begrenzung des periodischen Schattenwurfs installiert werden muss, um die maximale Beschattungszeit nicht zu überschreiten. Diese Abschalteinrichtung überwacht und steuert die maßgeblich zum Schattenwurf beitragenden Windenergieanlagen. Alle Schattenwurfereignisse und Abschaltungen müssen für die Windenergieanlagen, die das Modul aufweist, für jedes Kalenderjahr protokolliert werden. Diese müssen fünf Jahre nach dem jeweiligen Erfassungsjahr aufbewahrt werden und sind dem Landratsamt (Umweltschutzamt) auf Anforderung vorzulegen.

8. *ob die Landesregierung es für erforderlich hält, dass für geplante Windindustrieanlagen an Waldstandorten im Benehmen mit der für den Standort zuständigen Feuerwehr ein konkretes Brandschutzkonzept vorzulegen ist, in dem dargelegt wird, wie ein Brand nach einer längeren Trockenperiode (wie im Sommer 2018) zu bekämpfen ist bzw. wie ein kontrolliertes Abbrennen im Wald erfolgen kann, ohne dass es zu Personen- und Sachschäden kommt;*

9. *ob sie es für erforderlich hält, an Waldstandorten grundsätzlich den Einbau einer automatischen Löschanlage im Maschinenhaus vorzuschreiben;*

Bezüglich der Fragen 8 und 9 wird auf die Stellungnahme zu den Fragen 3 bis 5 der Kleinen Anfrage des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP, Drucksache 15/4120 und auf die Stellungnahme zu Frage 10 des Antrags der Abg. Klaus-Günther Voigtmann u. a. AfD, Drucksache 16/849, verwiesen.

10. *warum die Nachtbefeuerung am Standort ES-02 zum Nachteil der Anwohner durch ein dauerhaftes aggressives Blinken erfolgen soll, obwohl an anderen Windindustriestandorten längst eine bedarfsgesteuerte Befeuerung zum Einsatz kommt (beispielsweise in Langenburg/Hohenlohe), wonach die Befeuerung nur dann blinkt, wenn sich ein Flugzeug nähert;*

Die Frage der Nachtbefeuerung ist im Genehmigungsverfahren für die Windenergieanlagen am Standort ES-02 noch nicht abschließend geprüft.

11. *ob die Landesregierung es für zulässig hält, dass private Windkraftbetreiber zum Schutz vor Eiswurf öffentliche und von vielen Bürgern ganzjährig als Erholungsraum und Rückzugsgebiet genutzte Waldgebiete durch das Aufstellen von Schildern großräumig zur Gefahrenzone (inklusive Kreisstraße) und dessen Betreten zur „eigenen Gefahr“ erklären, um somit ihre Haftung auszuschießen;*

12. *ob hierdurch der Windkraftbetreiber im Schadensfall von der Haftung befreit ist;*

Die Fragen 11 und 12 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Aufstellen von Schildern auf fremden Grundstücken ist zivilrechtlich grundsätzlich gestattet, sofern der/die Grundstückseigentümer/in mit dem Aufstellen einverstanden ist. Allein das Aufstellen eines Warnschildes „Betreten auf eigene Gefahr“ auf einem fremden Grundstück führt grundsätzlich nicht zu einer Haftungsbefreiung eines Anlagenbetreibers, falls ein Schaden durch die Anlage verursacht wird.

13. *wie sichergestellt wird, dass Passanten die „entsprechende Witterung“ richtig erkennen und einschätzen können;*

Die Frage wird dahingehend verstanden, dass sie sich auf Warnschilder bezieht, die vor bestimmten Gefahren bei „entsprechender Witterung“ (insbesondere vor Eisabwurf/Eisabfall) warnen. „Eisabwurf“ bezeichnet den Vorgang, bei dem Eis sich von drehenden Rotorblättern einer laufenden Windenergieanlage löst und dann in eine bestimmte Richtung „geworfen“ wird. Unter „Eisabfall“ versteht man herabfallendes Eis an einer stillstehenden Anlage.

Der Eisabwurf an einer in Betrieb befindlichen Windenergieanlage wird durch Eiserkennungssysteme und das Abschalten der Windenergieanlage bei Eisansatz praktisch verhindert. Der Eisabfall von einer stillstehenden, vereisten Anlage kann bei Tauwetter oder Inbetriebnahme der Rotorblattheizung nicht verhindert werden. Stillstehende Windenergieanlagen unterscheiden sich hierbei grundsätzlich nicht von Brücken, Strommasten oder vom Freiburger Münster, bei denen es ebenso zu Eisabfall kommen kann.

Dem Betreiber einer Windenergieanlage obliegt eine allgemeine Verkehrssicherungspflicht (VSP), aufgrund der er die notwendigen und zumutbaren Vorkehrungen treffen muss, um eine Schädigung anderer möglichst zu verhindern. Vorkehrungen gegen jeden hypothetischen Schaden können nicht verlangt werden. Nach ständiger Rechtsprechung umfasst die gebotene VSP deshalb nur diejenigen Maßnahmen, die ein umsichtiger, verständiger, in vernünftigen Grenzen vorsichtiger Mensch für notwendig und ausreichend hält, um andere vor Schäden zu bewahren.

Sicherungsmaßnahmen sind umso eher zumutbar, je größer die Gefahr und die Wahrscheinlichkeit ihrer Verwirklichung sind. Maßgebend ist dabei der typische Verkehr, wie er für die konkreten örtlichen Verhältnisse in Betracht kommt. Die Anforderungen an die Schadensvermeidungsmaßnahmen des Betreibers müssen somit im Verhältnis zur konkreten Gefahr und den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort stehen. Hierzu kann je nach Einzelfall auch ein Warnschild mit einem Hinweis auf eine erhöhte Gefahr bei „entsprechender Witterung“ ausreichen.

Bei anderen konkreten örtlichen Gegebenheiten können zur Vermeidung von Wegsperrungen auch solche Hinweisschilder zum Einsatz kommen, die je nach Wetterlage und Zustand der vereisten Windenergieanlage konkrete Gefährdungssituationen durch Blinklichter anzeigen. Eine solche Lichtzeichenanlage gibt nur dann ein Signal, wenn durch die konkrete Wetterlage die Möglichkeit von Eisabfall gegeben ist.

Das Risiko, durch Eisabwurf oder Eisabfall in der Umgebung einer Windenergieanlage zu Schaden zu kommen, ist sehr gering, was sich im Übrigen auch in den sehr niedrigen Policen für eine Haftpflichtversicherung einer Windenergieanlage ausdrückt. Für detailliertere Ausführungen wird auf die Stellungnahme zur Kleinen Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP, Drucksache 15/8034 verwiesen.

14. wie sie die Akzeptanz der Bürger zu ES-02 in den Anrainerkommunen Ebersbach und Uhingen beurteilt, nachdem bereits im Jahr 2016 ungefähr 1.500 Unterschriften gegen das Projekt an das Landratsamt Göppingen übergeben wurden und die Gemeinderäte beider Kommunen im Oktober 2018 das Projekt mit sehr großer Mehrheit abgelehnt haben;

Im Jahr 2016 wurde beim Landratsamt Göppingen eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung für drei Windenergieanlagen im beabsichtigten regionalplanerischen Vorranggebiet „ES-02 Sümpfesberg“ beantragt. Die Bürgerinitiative Pro Schurwald hat in Bezug auf dieses Vorhaben in der betroffenen Region Unterschriften gegen die Genehmigung dieser Windenergieanlagen gesammelt und diese am 18. August 2016 an den Landrat übergeben. Der Antrag auf Genehmigung von drei Windenergieanlagen wurde am 28. August 2018 zurückgenommen. Dieses Verfahren ist damit abgeschlossen.

Ebenfalls am 28. August 2018 hat die Antragstellerin einen neuen Antrag auf Genehmigung von zwei Windenergieanlagen im Gebiet ES-02 eingereicht. Zu diesem Antrag wurden die Träger öffentlicher Belange beteiligt, unter anderem auch die betroffenen Kommunen Ebersbach, Uhingen und Lichtenwald. Die Standortkommune Ebersbach versagte das Einvernehmen zu dem Vorhaben. Die Stadt Uhingen und die Gemeinde Lichtenwald gaben ablehnende Stellungnahmen zu dem Vorhaben ab.

Ein Antragssteller hat nach § 6 Abs. 1 BImSchG einen gebundenen Anspruch auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung, wenn alle immissionsschutzrechtlichen Anforderungen erfüllt sind und andere öffentlich-rechtliche Vorschriften der Errichtung sowie dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen. In einem solchen bundeseinheitlich geregelten Verfahren werden alle relevanten Gesichtspunkte geprüft, insbesondere auch die in den kommunalen Stellungnahmen vorgebrachten Argumente und Bedenken. Falls die Kommunen ihr erforderliches Einvernehmen rechtswidrig versagt haben sollten, so hat die zuständige Genehmigungsbehörde das fehlende Einvernehmen nach Maßgabe des § 54 Abs. 4 Landesbauordnung zu ersetzen, falls die dort genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

15. wie sie das Zurückhalten von laut Vorhabensträger zwar vorhandenen, aber bisher noch nicht in das Genehmigungsverfahren eingebrachten Windgutachten vor dem Hintergrund interpretiert, dass der Umweltminister wegen drohender Verlustrisiken mehrfach öffentlich von Windkraftinvestitionen abgeraten hat, bei denen die durchschnittliche Windgeschwindigkeit unter 6,0 m/sec. in 100 Meter über Grund liegt.

Im Fall des Standorts „Sümpfesberg“ (ES-02) liegen dem Landratsamt Göppingen Windgutachten von zwei voneinander unabhängigen, akkreditierten Gutachterbüros in Auszügen vor. Die komplexen Berechnungen der Windgeschwindigkeiten und der Windverteilung mithilfe eines numerischen Strömungsmodells wurden anhand von LiDAR-Messungen am nahegelegenen Standort Schorndorf-Unterberken plausibilisiert und entsprechend den Anforderungen der TR6 mit einem validierten Verfahren für den Standort „Sümpfesberg“ korrigiert. Die TR6-Konformität der Windgutachten wurde von den Gutachterbüros bestätigt. Die vorgelegten Unterlagen sind für den konkreten Standort „Sümpfesberg“ detaillierter und aktueller als

die Angaben im Windatlas Baden-Württemberg und bilden daher für die Einschätzung des öffentlichen Interesses an der Realisierung der Windenergieanlagen an diesem Standort eine hinreichend belastbare Entscheidungsgrundlage.

Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass der derzeitige Windatlas Baden-Württemberg eine Flächeneignung für Windenergievorhaben auch für Standorte mit einer mittleren Windgeschwindigkeit unterhalb von 6 m/s ausweist. Der Windenergieatlas wird derzeit überarbeitet. Eine standortspezifische Wirtschaftlichkeitsprüfung im Einzelfall bleibt den Projektierern vorbehalten. Dies wird vom Umweltminister auch regelmäßig so kommuniziert.

Untersteller

Minister für Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft